

Antrag

**der Abgeordneten Franziska Rath, Joachim Lenders, Dr. Jens Wolf,
Jörg Hamann, Karl-Heinz Warnholz, Wolfhard Ploog (CDU) und Fraktion**

Betr.: Ehrenamt stärken – Aus Verwaltung und Landesbetrieben ausscheidende Mitarbeiter für das Ehrenamt gewinnen

Laut Personalbericht schieden im Jahr 2017 1 639 Mitarbeiter der Verwaltung altersbedingt aus. Bis zum Jahr 2025 werden es sogar 14 791 Beschäftigte (Drs. 21/13830) sein, die in den Ruhestand gehen, heißt es in der Drucksache aus dem Sommer 2018. Mit ihnen verliert die Stadt einen riesigen Schatz an Erfahrungen. Vor allem die Mitarbeiter der Verwaltung wissen viel über die Strukturen, die Menschen und auch die Probleme der Stadt. Rechnet man die Mitarbeiter von Landesbetrieben oder auch Beteiligungen hinzu, sind es Zehntausende, die in den nächsten Jahren die Altersgrenze erreichen. Doch auch wenn sich die allermeisten frischgebackenen Pensionäre und Rentner auf diesen neuen Lebensabschnitt freuen, so mag nicht jeder auf eine sinnstiftende Aufgabe oder auch einfach nur auf eine den Alltag prägende Tätigkeit verzichten. Diese Menschen bilden ein Potenzial, das zum Wohl der Stadt genutzt werden könnte.

„Bürgerschaftliches Engagement soll gefördert werden, denn es ist ein Garant für eine lebendige Demokratie und für eine sozial verantwortliche Gesellschaft“, heißt es im Leitbild des AKTIVOLI-Landesnetzwerks Hamburg e.V. Ob bei der Essensausgabe für Obdachlose, als Lese-Pate an Schulen, ehrenamtliche Betreuer in der Straffälligenhilfe, Gartenhelfer einer Stiftung, in der Telefonseelsorge, im Hundebesuchsdienst für Demenzkranke; die Optionen, sich für die Gesellschaft, für andere Menschen zu engagieren und auch sich selbst damit etwas Gutes zu tun durch soziale Kontakte und eine sinnstiftende Aufgabe sind in einer wachsenden Großstadt wie Hamburg schier unerschöpflich. Hierüber die altersbedingt aus dem Dienst ausscheidenden Mitarbeiter der Verwaltung, der Landesbetriebe und auch der Beteiligungen zu informieren und sie bestenfalls für ein Ehrenamt zu gewinnen, liegt im ureigenen Interesse des Senats, denn je mehr Menschen sich für das Gemeinwohl in Hamburg engagieren, umso besser geht es der Gemeinschaft.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. zusammen mit den Freiwilligenagenturen ein Konzept zu entwickeln, mit welchen Maßnahmen er alle altersbedingt ausscheidenden Beschäftigten der Hamburger Verwaltung, der Landesbetriebe und auch der Beteiligungen über die Möglichkeiten einer ehrenamtlichen Tätigkeit informieren kann,
2. der Bürgerschaft bis zum 30. Juni 2019 zu berichten.